Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Laden & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 12.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 5.75 M. Einzelnummer 25 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.80 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Anzeige Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 96 | Dresden, Dienstag den 27. April 1920 | 31. Jahrg.

Zerfall des Zentrums

Von J. Meerfeld, M. d. R.

Die deutsche Zentrumspartei könnte im Frühjahr 1921 ihr goldenes Jubiläum feiern, denn im Frühjahr 1871 erblickte sie in der jetzt noch bestehenden organisatorischen Form das Licht der Welt. Aller Voraussicht nach wird jedoch im Zentrum von Jubiläumsstimmung herzlich wenig zu spüren sein. Denn die Partei hat unheilbar den Spaltpilz in ihrem Innern. Früher hatte man's gut: da hatte man den Kulturkampf, an dessen Resten man noch Jahrzehnte lang nagen konnte, da hatte man Paritätsschmerzen, Schulkonflikte, lauter schöne Sachen, um die Glaubensgenossen politisch bei der Stange zu halten.

Aber heute? Das Zentrum ist Regierungspartei geworden, mit Demokraten und, was weit schlimmer ist, mit Sozialdemokraten sitzt es in der Koalition; mit ihnen zusammen macht es eine „unchristliche" Verfassung, schluckt den „Schmachfrieden" von Versailles, bewilligt unter Erzbergers Führung — das Schlimmste von allem — Steuern und abermals Steuern. Und hat überdies so gut wie gar keine Gelegenheit mehr, ein Kulturkampfscheuerchen anzuzünden und für seine Politik den lieben Gott zu reklamieren. Währenddem aber vollzieht sich draußen die gewaltigste wirtschaftlich soziale Revolution, die alle Geruhsamkeit brutal aus der Welt fortfegt und die Klassen sowie die Berufsschichten toll durcheinander wirbelt. Diesem Sturmwetter ist das Zentrum nicht gewachsen.

Dieser Tage ist der Reichsausschuß der Partei versammelt gewesen und hat beschwörende Mahnungen zur Einigkeit hinausgesandt. Inzwischen aber haben sich in Köln und anderwärts schon besondere Gruppen organisiert und ein eigenes Programm veröffentlicht. Die Kölnische Volkszeitung gibt Kunde von den „Richtlinien einer christlichen Politik", die von Kölner Mittelständlern und Akademikern formuliert worden sind: sie verlassen von der Partei, daß sie die bisher im Reiche und in Preußen gegangenen Wege verlasse und vor allem der Sozialdemokratie schärfsten Kampf ansage. Der langen Sätze kurzer Sinn ist der, daß den Kölner Zentrumsrebellen die ganze Richtung der offiziellen Parteipolitik höchst zuwider ist. Die Volkszeitung stöhnt und jammert. Die drei innerhalb der Partei sich am meisten befehdenden Richtungen: Agrarier, Mittelständler, Arbeiter, drohen — das erkennt das Zentrumsblatt — die Partei völlig zu unterminieren. Aber woher soll Hilfe kommen?

Für die Zustände und die Stimmung in der Partei ist ferner ein „Und die Zentrumspartei" überschriebener Artikel in der Kölnischen Volkszeitung bezeichnend. Die kommenden Wahlen, so heißt es da, würden für die Partei eine ungeheuerliche Belastungsprobe bedeuten. Die Beamten der Mittelstand und die Arbeiter hätten sich innerhalb der Partei gesondert organisiert und verschärften die Gegensätze. Auch auf dem Lande herrsche gärende Unzufriedenheit. Weitere Schwierigkeiten lägen auf dem Gebiete der Kultur-, Schul- und Kirchenpolitik. Der Artikelschreiber befürchtet einen erbitterten Kampf um die Aufstellung der Reichstagskandidaten und fügt bekümmert hinzu, eine große politische Partei könne sich auf die Dauer unmöglich zu einem Zweckverbande wirtschaftlicher Gruppen auflösen.

Das Rezept gegen alle dem Zentrum drohenden Gefahren liegt natürlich wieder sehr nahe. Appell an die religiösen Instinkte, Aufpeitschung konfessioneller Leidenschaften. Diesmal wird aber, so wissen wir, das Rezept ganz bestimmt seine Wirkung verfehlen, jammert doch selbst das offizielle Organ der Kölner Zentrumspartei, die Rheinische Volkswacht, daß allem Anschein nach eine Einigung mit den Sonderbündlern nicht mehr möglich sein werde. Die Zersetzung schreitet unaufhaltsam fort. Kein Wunder daher, daß die bislang zentrumstreuen katholischen Arbeiter bereits erwägen unter Hinzuziehung evangelischer Elemente eine besondere „christlich-nationale Arbeiterpartei" zu gründen. Die Grundlage einer solchen Organisation wäre in den christlich-nationalen Gewerkschaften schon gegeben.

Scheiden aber die Arbeiter wirklich aus, so wird die Parteileitung den Rest ihrer Habe durch einen starken Ruck nach rechts zu retten versuchen. Hat doch Herr Trimborn der Deutschen Volkspartei bereits eine zwar noch verschämte, aber doch deutlich hörbare Liebeserklärung gemacht. Was ohne den Arbeiterflügel im Zentrum noch übrig bleibt, ist in der Tat durchweg reaktionär und nicht allein reif für die Deutsche Volkspartei, sondern auch für die Deutschnationalen. Eine Orientierung nach rechts würde aber unter den gegebenen Umständen den Auflösungsprozeß nicht aufhalten, ihn vielmehr noch beschleunigen, weil nach dem Abfall der Arbeiter das Gefüge der Partei so empfindlich gelockert wäre, daß sie bestenfalls nur noch ein Anhängsel der Rechtsparteien sein könnte. Bleiben aber die Arbeiter, so geht das Gros der andern.

Das Zentrum hat sich überlebt, es ist altersschwach geworden. Das Schicksal einer ehemals stolzen und in sich gefestigten Partei vollendet sich. Zerfressen von den wirren Gegensätzen der Zeit, wird das Wort Schopens an ihm zur Wahrheit, daß heute die Gemeinsamkeit der Weltanschauung von den wirtschaftlichen Interessengegensätzen besiegt werde. Und das bedeutet für das Zentrum den sicheren Tod. Daß diese Zersetzungserscheinungen von uns Sozialdemokraten sehr bedauert zu werden verdienen, braucht kaum noch betont zu werden.

Die dänischen Folkethingwahlen

Kopenhagen, 27. April. Gestern fanden die Wahlen zum Folkething statt. Nach den bisherigen Ergebnissen wird sich das Folkething wie folgt zusammensetzen: Konservative Partei 28 Mandate (Gewinn 6 Mandate), Partei der Linken 48 Mandate (Gewinn 4 Mandate), radikale Partei 17 Mandate (Verlust 4 Mandate), Sozialdemokraten 42 Mandate (Gewinn 3 Mandate), Erwerbspartei 4 Mandate (Gewinn 3 Mandate).

Rückkehr von San Remo

San Remo, 27. April. Reutermeldung. Die Konferenz ist beendet. Die Teilnehmer reisten heute ab.

Schluß am Bosporus

Ueber die Türkei ist in San Remo das Urteil gesprochen. Der „Türk", einst das Schreckgespenst des Abendlandes wie heute etwa der Bolschewismus, wird künftig unter der Aufsicht der Alliierten in eng gesteckten Grenzen ein politisch bedeutungsloses Dasein fristen. England, Frankreich, Italien und Griechenland teilen sich, wie es schon längst in den Geheimverträgen festgesetzt war, die Beute. Fassen wir das Ergebnis des Friedensvertrages mit der Türkei kurz so zusammen, so verliert diese Syrien, Palästina, Arabien, Mesopotamien, Armenien (das mit Einschluß von Trapezunt ein selbständiger Staat unter Völkerbundskontrolle werden soll), Thrazien und Smyrna. Die Finanzen, das Heerwesen unterliegen der Aufsicht der Alliierten, mit einem Wort: Der türkische Staat als politischer Begriff ist erledigt. Davon stand freilich nichts in den 14 Punkten, in deren zwölftem es vielmehr lautete:

„Den türkischen Teilen des jetzigen osmanischen Kaiserreiches soll eine ungefährdete Selbständigkeit sichergestellt werden; auch die andern Nationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, sollen ihres Lebens gesichert werden, und es muß ihnen eine vollkommene und unbehinderte Entwicklung in autonomer Hinsicht ermöglicht werden."

Die Vereinigten Staaten hatten dem Obersten Rat einen Entwurf eingereicht, der diesen Forderungen gerecht wurde, aber die imperialistischen Ententepolitiker hatten ihn abgelehnt, da sie durch Geheimverträge längst die Frage in ihrem Sinne gelöst hatten.

Wilson zog sich zurück — er weigerte sich, da mitzutun. Seine Einsprüche aber sind praktisch wertlos, wie sonst in Europa ist auch auf dem Balkan und in Kleinasien der Wilsonismus dem Imperialismus und Kapitalismus, deren Ausbeutungsobjekt die Türkei jetzt in erhöhtem Maße wird, schmählich unterlegen.

Im einzelnen wird noch folgendes über die Aufteilung der Türkei berichtet:

Es ist endgültig entschieden, daß England das Mandat über Mesopotamien und Palästina und Frankreich das Mandat über Syrien erhält. Wilson ist ersucht worden, als Schiedsrichter über die Festsetzung der armenischen Grenze aufzutreten. Das örtliche Parlament von Smyrna darf sich nach fünf Jahren an Griechenland anschließen. Dann würde die türkische Souveränität aufhören.

Das Königreich Hedjas ist als autonomer Staat anerkannt worden. Frankreich wird mit der Verwaltung eines Teiles von Silizien und der indirekten Verwaltung eines zweiten Teiles von Silizien betraut. Englischen Blättern zufolge ist die Lage in Silizien noch immer sehr unbefriedigend. Die französischen Streitkräfte in Pozanti sind abgeschnitten. Einige hundert armenische und griechische Eisenbahner sind niedergemetzelt worden. Tausende von Flüchtlingen haben sich nach Adana gerettet.

Die Türkei verweigert die Unterschrift

Der Oberste Rat hat auf Antrag von Lloyd George der Türkei eine Armee von 25 000 Mann bewilligt. Marschall Foch hatte den Vorschlag gemacht, der Türkei nur eine einfache Polizeitruppe zu bewilligen, die von alliierten Offizieren befehligt werden sollte. Italien hatte der Türkei eine Armee von 50 000 Mann zusprechen wollen. Der türkische Delegierte erklärte, daß seine Regierung ihn beauftragt habe, den vom Obersten Rat vorgelegten Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen.

Neue Unruhen in Elberfeld

Eigene Drahtmeldung

Elberfeld, 27. April. Bewaffnete Banden tauchten gestern plötzlich wieder in Elberfeld auf und suchten die Gewalt an sich zu reißen. Wie weit ihnen ihr Plan gelungen ist, kann zur Stunde noch nicht festgestellt werden. Der Bahnhof ist von den Banden besetzt, während das Postamt am Spätnachmittag sich noch nicht in ihren Händen befand.

Neueste Telegramme

Hafenarbeiterstreik in Hull

Amsterdam, 27. April. Wie Telegraph aus London meldet, sind 10 000 Hafenarbeiter in Hull gestern in den Ausstand getreten.

Englische Niederlage in Aegypten

Kairo, 27. April. 2000 Beduinen griffen Samach südlich vom Tiberias an. Die kleine englische Streitmacht zog sich zurück.

Amerikanische Lokomotiven für Rußland

Rotterdam, 27. April. Nieuwe Rotterdam Courant meldet aus Moskau, daß 200 Lokomotiven, die die Sowjetregierung in den Vereinigten Staaten angekauft hat, in Reval angekommen seien, von wo sie nach Petersburg gehen. Es sind auch Verträge mit amerikanischen Firmen über die Lieferung einer großen Zahl Eisenbahnwagen abgeschlossen worden.

Der Kleinkrieg in Irland

London, 27. April. Am Montag wurde in der Grafschaft Werford ein Polizeiposten von 300 Mann angegriffen. Nach zweistündigem lebhaftem Feuergefecht wurden die Angreifer zurückgeschlagen. Das Gebäude ist stark beschädigt.

Wahlparolen

Die Parteien sind in den eifrigsten Vorbereitungen für den Reichstagswahlkampf begriffen. Die Deutschnationalen haben alle Hände voll zu tun, um die Wähler darüber hinwegzutäuschen, daß sie die politische Schuld am Kapp-Putsch tragen, eine Tatsache, die durch den Austritt des Herrn von Kardorff aus der Partei noch besonders unterstrichen worden ist. Der Parteivorsitzende, Herr Hergt, beschwört in der Deutschen Tageszeitung naive Wähler, zu glauben, daß die Deutschnationale Volkspartei als Ganzes nicht nur äußerlich, sondern mit dem Herzen auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehe und daß für Leute, die diese Verfassung mit Gewalt ändern wollten, in der Deutschnationalen Volkspartei kein Raum sei. Wann wird man den Knüppel-Kunze, den Reinhold Wulle von der Deutschen Zeitung und ähnlichen Helden aus der Partei ausschließen? In Wahrheit glaubt man einfach Herrn Hergt nicht mehr. Hätte er am 13. März erklärt, wir werden den Putsch mit allen Mitteln bekämpfen, die uns sachdienlich erscheinen, dann dürfte er heute reden. So aber hat er gespannt und gelistet, ob nicht doch durch einen Sieg der Putschisten für die Deutschnationalen der Weg zur Regierungsmacht frei würde: er war wiederum so leichtfertig und zum Hasardieren geneigt wie während des Krieges. Deshalb wäscht kein Reden die Deutschnationalen von der Schuld am Kapp-Verbrechen rein.

Im Zentrum regen sich seit dem Erzberger-Prozeß die alten reaktionären Tendenzen wieder stärker. Teils versuchen sie Sondergründungen, teils üben sie ihren Einfluß im Rahmen der Partei aus. So ist die Wahlkonferenz der Zentrumspartei zwar zu einer energischen Verteidigung der bisherigen Koalitionspolitik gekommen, hat aber auf der andern Seite die Bildung etwaiger künftiger Koalitionen im neuen Reichstag ausdrücklich vom Ausfall der Wahlen abhängig gemacht und festgestellt, daß das Zentrum vollkommen freie Hand habe; auch die Frage der Staatsform sei für das Zentrum keine Prinzipienfrage. Diese Offenherzigkeit ist zu begrüßen. Das Zentrum wird mit der Rechten gehen, wenn diese stark genug wird, mit ihm eine Mehrheit zu bilden. Diese Vielseitigkeit und Wandelbarkeit ist fast ebenso gefährlich wie die ausgesprochene Reaktion.

Die Unabhängigen legen sich in ihrem Wahlaufruf erneut auf ihr Leipziger Programm fest. Die Demokratie wird als fernes Endziel in den Hintergrund, die Rätediktatur als notwendiges Mittel in den Vordergrund geschoben. Durch die Diktatur zum Sozialismus, vom Sozialismus zur Demokratie — so stellt sich die U. S. P. den Entwicklungsgang vor, so wünscht sie ihn. Aber ein altes unerschütterliches Grundgesetz aller Staatspolitik lautet, daß ein Staat durch die Mittel erhalten wird, durch die er begründet wurde. Man muß entweder an das Schwert oder an den Stimmzettel glauben; aber man muß nicht die Leute glauben machen wollen, daß die Maschinengewehre eine Staatsform begründen können, um sich nachher in friedliche Papierzettel umzuwandeln. Gewalt führt weder zum Sozialismus noch zur Demokratie.

In der Sozialdemokratie machen sich mancherorts Bestrebungen geltend, die Genossen nicht wieder aufzustellen, die die Politik Noskes und Heines unterstützt haben, oder deren Person man als Hindernis für die ersehnte Einigung der Arbeiterklasse ansieht. Wäre man bei den Wahlen zur Nationalversammlung nach diesem Grundsatz verfahren, so hätte man Scheidemann, Wels und Landsberg fallen lassen müssen, und welch ein Schaden für die gesamte Arbeiterschaft wäre das gewesen! Man sollte auch jetzt innerhalb der Partei keine Richtungskandidaturen schaffen. Damit hat in der Zeit des Kampfes zwischen Revisionisten und Radikalen die Parteizerreißung begonnen.

In einer Wahlkreisversammlung wurde dieser Tage der Name Eduard Bernstein mit besonderem Beifall begrüßt: das sei ein Mann von Charakter, ein Symbol für die Wiedervereinigung des Proletariats, ein Mann von Weitblick und internationalem Vertrauen, eine nicht durch Mitschuld an

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200427/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG